

## Rund um den Elmshorner

# Karl-Marx-Platz

## Ortszeitung der DKP Elmshorn

Nr. 259 / November 2011 - Solidaritätsspende - Sparkasse Elmshorn Kto 126985 BLZ 22150000

### Für Optimismus gibt es für 2012 keine Gründe

#### **2011 ist Geschichte, 2012 beginnt! Was wird es bringen?**

Um es vorweg zu sagen: für Optimismus, dass sich die Dinge zum Besseren entwickeln, gibt es keine Gründe. Wirtschaftliches Wachstum, 2011 vorhergesagt, wird es so gut wie nicht mehr geben. Als Folge wird die Arbeitslosigkeit wachsen, soziale Unsicherheit wird für noch mehr Menschen Realität.

Die letzten 10 Jahre gab es kein reales Wachstum der Löhne, Gehälter, Renten und Pensionen. Das wird sich fortsetzen.

Die Preise steigen, es bleibt Schulden im Bundesland jeden Menschen mit der Summe, Schuldenabbau? Das heißt real Bürgerinnen und Bürger, kulturellen Bereichen. Und die Im Mai sind Landtagswahlen. Hochglanzpapieren „Zahlen!“ wird es nach den ob schwarz – gelb oder rosa – 2011 war das Jahr z.T. auch Kämpfe – Streiten für höhere gegen die Macht der Banken, für Ausbildung. Aktionen gegen Neo Mord und Terror ihre durchsetzen wollen, Aktionen für Afghanistan, für die Abschaltung In manchen Kämpfen konnten aber das lang bei weitem nicht, oder Berlin durchzusetzen. Es außerparlamentarischen Bewegung ab, ob sich etwas ändert.



weniger in der Geldbörse. Die Schleswig-Holstein belasten die in etwa ein Kleinwagen kostet. höhere Belastungen der Kürzungen in sozialen und Bildung wird darunter leiden.

Vieles wird uns in vorgeschlagen und versprochen – Wahlen tatsächlich heißen. Egal olivgrün regieren!

neuer außerparlamentarischer Löhne und Gehälter, Aktionen eine bessere Bildung und – Nazis, die bereits wieder mit verbrecherischen Ziele die Beendigung des Krieges in aller AKWs.

Erfolge durchgesetzt werden, um einen Politikwechsel in Kiel hängt von der

Die Reichen müssen zahlen, um die Kosten der Krise zu tragen! Die Banken haben die Krise ursächlich zu verantworten. Sie müssen in öffentliches Eigentum bei demokratischer Kontrolle überführt werden!

Stoppt Krieg und Rüstung! Das Geld brauchen wir für Bildung und Ausbildung. Bildung muss kostenfrei sein! Mehr Lehrerinnen und Lehrer!

Entschuldung aller Städte und Gemeinden zu Lasten der Banken, der Reichen und der Industrie!

Wer seine Stimme bei Wahlen nur „abgibt“, der kann sie auf Demonstrationen und Aktionen nicht mehr laut werden lassen!

Das Motto 2012: „Wer sich nicht wehrt, lebt verkehrt!“

## Der Abzug der V-Leute aus der NPD ist zwingend nötig.

Die „Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes - Bund der Antifaschisten“ fordert seit langem das Verbot der NPD.

Dass diese Partei sich aus Steuergeldern finanziert, und dass V-Leute, die selbst Neonazis sind, vom Staat unmittelbar finanziert werden, ist ein Skandal.

Dazu Hans Peter Uhl, CDU/CSU Bundestagsfraktion: „Der thüringische Verfassungsschutz zahlte während der 1990er Jahre sechsstellige D-Mark Beträge an einflussreiche Aktivisten der extremen Rechten - mit der Begründung, sie seien als V-Leute von großer Bedeutung“ (Quelle: „German Foreign Policy“ vom 16.11.2011).

Die VVN-BdA betont: Der Abzug der V-Leute aus der NPD ist zwingend nötig.

Angesichts der Serienmorde von Neonazis geraten diese Zusammenhänge endlich auch ins öffentliche Bewusstsein. Fakten, die bisher unvorstellbar schienen, werden bekannt.

2010 haben Neonazis allein in Schleswig-Holstein 37 Gewalttaten verübt, in den letzten fünf Jahren waren es insgesamt 3100 Straftaten. Ein Verbot würde die Wirkungsmöglichkeit der 1340 Rechtsextremisten im Land Schleswig-Holstein, von denen 640 vom Verfassungsschutz als aggressiv eingestuft werden, einschränken. (Zahlen Verfassungsschutz Schleswig-Holstein)

Die Behauptung des Innenministers, V-Leute seien wichtig, um Informationen zu erhalten, erweist sich als Farce angesichts der Tatsache, dass die Nazi - Mörder ca. 10 Jahre lang unerkannt und vernetzt ihren Terror ausübten. Und nach diese Argumentation wird in Kauf genommen, dass von Geheimdiensten angeworbene Schnüffler sich straffrei an Verbrechen beteiligen und sie sogar selbst begehen können.

Ein NPD - Verbot würde deren Hauptfinanzquellen aus Steuergeldern verschließen, es wäre endlich ein Signal, dass verbrecherische neonazistische Politik durch den Staat bekämpft wird, und es entspricht Artikel 139 des Grundgesetzes. Angesicht der historischen Erfahrungen mit dem Faschismus ist ein Verbot auch politisch und moralisch zwingend.

Es ist ein Skandal, dass in Pinneberg die NPD ihren Landtagswahlkampf beginnen konnte, ohne dass Protest dagegen möglich war. Die Anmeldung dieser Aktion wurde von Verantwortlichen der Stadt geheimgehalten, die Polizei sicherte vor Ort das Auftreten von Ingo Stawitz und anderen Neonazis ab.

Die VVN-BdA fordert eine Kurskorrektur. Die wirkliche Gefahr für eine Demokratie und für Menschenleben geht von der menschenverachtenden Ideologie der Neonazis aus. Eine Kriminalisierung antifaschistischer Aktionen oder eine Gleichsetzung von Links- und Rechtsradikalismus muss angesichts dieser Serienmorde und der Unvergleichbarkeit von linker und rechter Politik korrigiert werden. Bundes- und Landesregierungen müssen Kürzungen von Projekten gegen Rechts rückgängig machen, denn es zeigt sich, dass diese Projekte bitter nötig bleiben.



## Kommentar

Mit plumpen Tricks auf Dummenfang  
Dem Bundesamt für Verfassungsschutz gehen offensichtlich die Spitzel aus. So startete Bundesinnenminister Hans-Peter Friedrich einen groß angelegten Werbefeldzug in der linken Szene. Der wenig ideenreiche stramme CSU-Mann greift dabei zu einem plumpen Trick, der allerdings schnell zu durchschauen ist. Er nennt die Werbekampagne „Aussteigerprogramm für Linksextreme“ und wendet sich nach Angaben des BfV an „Linksextremisten jeglicher Couleur – unabhängig davon, ob der Ausstiegswillige dem gewaltbereiten Spektrum angehört oder nicht“. Die Sache geht ganz einfach. Der Betreffende wendet sich per Mail an den Verfassungsschutz zur ersten Kontaktaufnahme, dem sich ein Folgegespräch anschließen wird. Und dann ist der „Aussteiger“ schon mitten drin im Schlamassel. Da wieder rauszukommen, hilft ihm keine Institution, es sei denn, er wendet sich an die Öffentlichkeit und enthüllt die obskuren Methoden des so genannten Verfassungsschutzamtes, das nicht wählerisch in seinen Mitteln ist (siehe eingeschleuste Provokateure und die Finanzierung von NPD-Kadern).

Damit überhaupt jemand anbeißt, werden fette Köder ausgelegt: Unterstützung bei Arbeits- und Wohnungssuche, beim Knüpfen von Kontakten zu Justiz, Behörden und Arbeitgebern, bei Alkohol- und Drogenproblemen und bei Überschuldung.



Es ist wie immer: Hier wird die Notlage von Menschen schamlos für politische Zwecke ausgenutzt und missbraucht. Im Gespräch mit einer Zeitung des Springer-Verlages räumte Friedrichs ein, dass die Resonanz in der linksextremen Szene womöglich eher verhalten sein werde. Aber man kann es ja ruhig einmal probieren, dem ohnehin ramponierten Ansehen seines Verfassungsschutzamtes kann es kaum noch schaden. Und zum anderen kann er in der Öffentlichkeit wieder sein Links- gleich -Rechts-Zeichen setzen. Treffend schrieb die „junge welt“ in einem Kommentar: „Ausstiegsprogramme für Linke sind allerdings schon alleine deswegen überflüssig, weil jeder in dieser Szene einfach wegbleiben kann, wenn er keinen Bock mehr hat.“

Anders als bei Neonazis hat man weder von Repressionen noch deren Androhung gehört, falls jemand will. Das weiß allerdings auch das BfV. Und in der linken Szene wird wohl kaum jemand das Verfassungsschutzamt anrufen und sagen: Helft mir, man will mich zwingen, gegen Naziaufmärsche zu protestieren, gegen Militäreinsätze in Afghanistan und anderswo und für die Abschaltung von AKW zu demonstrieren. Soviel Naivität ist nicht einmal einem strammen CSU-Mann zuzutrauen.

Günther Wilke



## Man muss sich auch selbst mal etwas gönnen!

Abgeordnetenentschädigungen im Kreistag um 8,5 Prozent erhöht CDU und SPD schenken sich mehr Geld  
Man muss sich auch selbst mal etwas gönnen, meinten die Kreistagsabgeordneten von CDU und SPD, als sie mit 35 gegen 14 Stimmen von Linken und Grünen eine Erhöhung der Sitzungsgelder für Kreistagsabgeordnete von 8,5 Prozent durchsetzten. Lediglich ein Abgeordneter der CDU tanzte aus der Reihe, vielmehr er beteiligte sich nicht an der Abstimmung, um nicht gegen seine Fraktion stimmen zu müssen, wie er dem „Pinneberger Tageblatt“ mitteilte. Für 16 Euro wolle er seine Glaubwürdigkeit nicht aufs Spiel setzen. Offen blieb, wie er bei einer höheren Summe abgestimmt hätte. Die Grundentschädigung erhöht sich ab 1. Januar 2012 um acht auf 100 Euro, die Sitzungsgelder betragen künftig 21 Euro sowohl für Ausschuss- und Kreistagssitzungen, Fraktionstagungen und Vorbereitungstreffen. Den größten Schluck aus der Flasche nimmt Kreispräsident Burkhard E. Tiemann (CDU), der im neuen Jahr 1367 Euro statt bisher 1 200 Euro erhält.

Der SPD- Fraktionsvorsitzende Hannes Birke begründete die Anhebung der Entschädigung mit gestiegenen Spritkosten und Kosten für Papier. Auf die Idee, Papier zu sparen und auch einmal mit dem Fahrrad zu Sitzungen zu fahren, sind die 35 Befürworter des CDU/SPD- Antrags offensichtlich nicht gekommen.

Peinlich ist, dass Birke und andere für sich beanspruchen, dass ihre Tätigkeit ehrenamtlich genannt wird. Sicher können sie von den Sitzungsgeldern nicht reich werden,

aber mit den ehrenamtlichen Funktionären in sozialen Verbänden oder Sportvereinen, den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Tafeln zum Beispiel können sie sich nicht auf eine Stufe stellen. Für alle sind die Preise für Benzin und Diesel gestiegen (die Papierpreise lassen wir ganz einfach mal weg), aber die meisten Betroffenen sind nicht in der Lage, sich per Beschluss selbst zu bedienen wie die Abgeordneten in den Parlamenten.

Aber man hat im Kreistag ja Vorbilder, Zum Beispiel im Landesparlament und im Bundestag.

Die haben es zu allen Zeiten auch nicht anders gemacht. Und was sonst noch an „Begründungen“ herhalten muss. Da forderte SPD- Fraktionsvorsitzender Birke den Kreistag auf, mehr Selbstbewusstsein an den Tag zu legen. Durch niedrige Entschädigungssätze dürfe die Arbeit nicht abgewertet werden. Frage: Wird die Arbeit im Kreistag durch Anhebung der Abgeordnetenzuwendung aufgewertet? Warum dann nur eine Erhöhung von 8,5 Prozent?

Kein Gespür allerdings scheinen CDU und SPD dafür zu haben, was das Volk über diese Selbstbedienung denkt, denn sie wird in einer Zeit vorgenommen, wo in den Haushalten der Städte und Gemeinden vor allem die so genannten freiwilligen Leistungen gestrichen werden, und das sind vor allem jene auf sozialem Gebiet, bei Kindertagesstätten, Sozialstationen und Sportvereinen, wo wirklich noch vollkommen selbstlos ehrenamtliche Arbeit um der Sache wegen geleistet wird.

Günther Wilke



**VERÄNDERN**  
Mitglied werden



## Väterchen Franz ist tot

Er hätte sich sicher gefreut über die Feiern, die zu seinem Geburtstag geplant waren. Nicht nur wegen der Auftritte der mit ihm verbundenen Künstlerinnen und Künstler, sie wären auch ein Beispiel politisch bewegender Kunst geworden. Jetzt werden die Feste einen anderen Charakter bekommen, hoffentlich im Sinne Degenhardts immer noch mit einem bissigen Blick und Wort, das unsere gesellschaftlichen Verhältnisse aufund angreift. Mit Worten und Meinungen, die die Wünsche und Hoffnungen der Menschen auf eine andere Welt, die ein gleichberechtigtes Leben in Frieden und mit sozialer Gerechtigkeit darstellen. Dafür ist er mit seinen künstlerischen Mitteln aufgetreten. Vielen Menschen hat er mit seiner Stimme, seiner Musik, seinen Büchern nachdenkliche, aber auch streitbare, aufmunternde und kämpferische Stunden bereitet.

Und Franz Josef lebte, was er in "Zwischentönen" und direkt vermittelte. Einfach hatte er es sich - und damit auch seiner Familie - nicht gemacht.

Als geachteter Künstler und Rechtsanwalt ist er gegen die Berufsverbote in den 70er Jahren angetreten. Die SPD hat ihn 1971 ausgeschlossen, weil er zur Wahl der DKP für den Landtag in Schleswig-Holstein aufgerufen hatte. Eine Konsequenz war sein Eintritt in die DKP. Wohl wissend, dass er als Künstler nun ähnliche Erfahrungen machen musste, wie die von ihm vertretenen Berufsverbotsopfer. Degenhardt wurde aus den bürgerlichen Medien verbannt. Es ist denen nicht ganz gelungen, die Kunst Degenhardts wurde zu sehr geschätzt. Er blieb und bleibt einer der größten politischen Kulturschaffenden in diesem Land. Müßig eigentlich, die Frage zu stellen, welche Achtung ihm und seiner Arbeit entgegengebracht würde, wäre er nicht Kommunist geworden: Von der einen Seite hätte er vielleicht mehr Aufmerksamkeit für sein Schaffen erhalten. Für uns zählten seine Parteilichkeit, die damit verbundene Menschlichkeit und der Mut für neue Ideen. Er war und bleibt unser Genosse mit dem aufrechten Gang. Wir sind mit seiner Familie traurig, dass er nicht mehr lebt. Doch er wird uns auch in Zukunft mit seinen Liedern bei unseren Festen und bei unseren Kämpfen für eine sozial gerechte und friedliche Welt begleiten. Farewell, Franz Josef!

Bettina Jürgensen, Vorsitzende der DKP



**Aufruf zur Liebkecht-Luxemburg-Demonstration  
am 15.01.12 in Berlin  
um 10 Uhr vom Frankfurter Tor zur  
Gedenkstätte der Sozialisten.  
Lenin-Liebkecht-Luxemburg  
Veranstaltung der DKP am 14.01.12**

.....

Ich will mehr Infos über die DKP  
 Ich will Mitglied der DKP werden  
 Name , Vorname:  
 Straße:  
 PLZ, Ort:  
 eMail:

.....